

Der weit verbreitete
Familien- und Kinder-
wunsch braucht Förderung

Nukleus der Gesellschaft

Thomas Goppel

Die große Dimension von Freiheit und Vertrauen wird durch die Wechselwirkung zwischen Familie und Gesellschaft beschrieben. Diese soll im Folgenden ausgeleuchtet werden.

Unverkennbar ist: Ein dramatischer demographischer Wandel in Deutschland verändert das gesellschaftliche Fundament und zwingt uns zu neuen Überlegungen. Wir sitzen auf einer „demographischen Bombe“, deren Zeitzünder unaufhaltsam tickt; mit seiner Entschärfung tun wir uns noch immer schwer.

Für eine nachhaltig stabile Bevölkerungsstruktur müssten 100 Elternpaare im Durchschnitt 220 bis 230 Kinder großziehen. In Deutschland bewegt sich die Zahl aber nur zwischen 130 und 140 Kindern – und das seit fast dreißig Jahren! Die Folge ist, dass die Zahl der Menschen in Deutschland sinkt – leider sehr spürbar!

Gleichzeitig ist Deutschland auf dem Weg, die älteste Bevölkerung der Welt zu werden. 2050 wird der Anteil der über 65-Jährigen an der Wohnbevölkerung auf fast ein Drittel gestiegen sein (19,6 Millionen), dagegen wird die Zahl der 20- bis 65-Jährigen von heute 51 Millionen auf nur noch rund 35 Millionen sinken.

Ursachen der demographischen Entwicklung

Der erste Schritt bei einem Versuch, diese dramatische Bevölkerungsentwicklung zu stoppen, muss die Analyse der Ursachen der beschriebenen demographischen Entwicklung sein. Antworten auf

die folgenden drei Fragen können uns dabei entscheidend weiterhelfen:

- Warum werden immer weniger Kinder geboren?
- Warum liegt der Anteil der Frauen, die überhaupt Kinder bekommen, heute nur noch bei siebenzig Prozent? – Früher waren es über neunzig Prozent.
- Warum ist der Anteil der Familien mit mehr als zwei Kindern deutlich zurückgegangen?

Die Suche nach Antworten auf die gestellten Fragen bringt unter anderem folgende Ergebnisse: Die Zahl der Menschen, die einen grundsätzlich vorhandenen Familien- und Kinderwunsch auch realisieren, nimmt kontinuierlich ab.

Für viele Frauen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Mutterschutz und Erziehungsurlaub nicht gewährleistet. Zudem stellt die eigene Berufstätigkeit für junge Frauen heute ein zentrales Element ihrer Lebensplanung dar.

Die Alternative Kind oder Beruf lässt mehr und mehr Frauen heute zu Gunsten ihres Berufes entscheiden, und zwar aus den verschiedensten Gründen: Viele müssen aus finanziellen Gründen arbeiten, weil der Verdienst eines Ehepartners bei den heutigen Mieten und Lebenshaltungskosten immer häufiger für das Auskommen einer Familie nicht mehr ausreicht. Wer nicht gerade Software-Spezialist oder Aktienanalyst ist, sondern als einfacher Bankangestellter, als Polizeibeamter oder als Bäcker in den Zentren des Rhein-Main-Gebietes oder in München eine Wohnung sucht, weiß, wovon ich

spreche. Von den Ressentiments mancher Vermieter und Nachbarn gegen eine nicht immer willfähige mehrköpfige Familie ganz zu schweigen.

Viele Frauen mögen auch einfach ihre finanzielle Unabhängigkeit nicht aufgeben. Zu der Angst vor einer immer häufiger gewordenen Trennung tritt inzwischen die berechtigte Besorgnis, sich mit dem auch nur zeitweisen Rückzug auf die drei „K“ selbst außerhalb der zu Gunsten der Berufstätigen sich ändernden staatlichen Rechtsordnung zu stellen.

Selbstwertgefühl und Selbstachtung

Der berufliche Erfolg – wer wüsste das besser als wir Männer – steigert heute Selbstwertgefühl und Selbstachtung. Viel zu sehr haben wir die Frauen spüren lassen, wie wichtig das ist. Kein Wunder, dass immer weniger Frauen aus der Leistung für eine Familie Selbstwertgefühl und Selbstachtung beziehen.

Darf unsere heutige Leistungs- und Individualgesellschaft verlangen, dass eine Frau, die sich jahrelang an einer Universität, einer Fachhochschule oder in einer Lehre auf eine Berufstätigkeit vorbereitet hat, die ihr eigenes Geld verdient und vielleicht sogar bereits eine gute Position erreicht hat, dies alles aufgibt und Hausfrau und Mutter wird?

Dies gilt umso mehr, wenn sie die Sorge haben muss, dass ihr der Weg zurück in den Beruf vielleicht für immer verbaut ist. Die Entscheidung fällt umso schwerer, wenn ihr von allen möglichen Seiten das Gefühl vermittelt wird, „bloß“ Hausfrau und Mutter zu sein. Die Geringschätzung und zum Teil sogar Verunglimpfung der Familienmutter als kompetent für Kinder, Küche, Kirche wird der großen Leistung der Frauen bis in unsere Tage nicht gerecht. Sie ist aber leider vielfach nicht wirkungslos geblieben, wie wir an der heutigen Gesetzgebung sehen – zum Nachteil unserer Ge-

sellschaft, die in wesentlichen Teilen nicht mehr leistungsfähig ist.

Dennoch: Familie ist „in“!

Trotz des dargestellten Befundes ist Familie aber in Deutschland „in“ und nicht „out“! Zwar werden die zunehmende Verbreitung alternativer Lebensformen, rückläufige Geburten- und wachsende Scheidungsraten vielfach als Hinweise für den gesellschaftlichen Bedeutungsverlust der Familie interpretiert. Nichtsdestotrotz hat die empirische Sozialforschung Belege dafür erbracht, dass die Familie noch immer von einer ganz zentralen Bedeutung für das subjektive Wohlbefinden der Menschen ist.

Umfragen zeigen uns: Für über achtzig Prozent der jungen Menschen stehen Familie und Kinder an oberster Stelle bei der Frage nach ihren Lebenszielen. Zwei Drittel der Frauen in Deutschland wünschen sich Kinder. Weiterhin belegen die Umfragen: Menschen, die in so genannten Single-Haushalten leben, haben eine deutlich geringere Lebenszufriedenheit als Menschen, die in Familien leben. Familiengründung gilt als erstrebenswertes Ziel.

Kinderfreundliches Umfeld

Der grundsätzliche Wunsch der Menschen, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben, ist in der deutschen Bevölkerung nach wie vor ausgeprägt.

Diese mit Blick auf Familie und Kinder nachweisbare Grundbefindlichkeit in den Einstellungsmustern muss die Politik nutzen und fördern. Ein kinderfreundliches Umfeld ist Grundvoraussetzung für eine langfristig stabile Entwicklung unserer Gesellschaft. Kinder zu haben, für Kinder zu sorgen und Kinder zu erziehen muss wieder deutlich mehr als positiver Wert und als besondere Leistung anerkannt und geschätzt werden.

Zu diesem Bewusstseinswandel müssen alle beitragen: die Politik genauso wie

„Die Familie ist der kleinste, wohl zugleich aber am intensivsten prägende Sozialisierungsraum unserer Gesellschaft.“ (Thomas Goppel) Foto: Betge



die Manager in den Unternehmen und vor allem auch die Medien.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Neben materiellen Problemen stehen die Einschränkungen, die in der Regel die Mutter durch Kindererziehung in ihrem beruflichen Aufstieg hinnehmen muss, immer stärker im Mittelpunkt. Die Entscheidung für Familie und Kinder darf aber nicht einseitig zu Lasten derer gehen, die Kinder erziehen und betreuen – das werden ganz überwiegend Frauen bleiben. Eine veränderte Arbeitsteilung in der Familie und eine Bereitschaft zu mehr Kindern brauchen veränderte Rahmenbedingungen. Insbesondere wir in Bayern haben für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schon viel erreicht – dies ist das Ergebnis von vier Jahrzehnten politischer Verantwortung:

In den neunziger Jahren wurden in Bayern über 80 000 zusätzliche Kindergartenplätze geschaffen, inzwischen herrscht nahezu Vollversorgung. Wir gaben im Haushalt 2000 fünfzehn Millionen D-Mark für die kind- und familiengerechte Halbtagsgrundschule aus. Sie ist flächendeckend eingeführt. Die vielfältigen und ermutigenden Erfahrungen, die mit dem Bayerischen Gleichstellungsgesetz im öffentlichen Dienst gesammelt wurden (Teilzeitmodelle, flexible Arbeitszeit, Jobsharing, Telearbeit), haben auch in die freie Wirtschaft hineingewirkt.

Es sind aber weitere Anstrengungen notwendig.

Die Unterstützung der Familien muss sich viel stärker an diesen wirklichen Bedürfnissen heutiger Familien orientieren. Beispiele unserer europäischen Nachbarn zeigen, wie es gemacht werden kann! Die

Forderungen der CSU reichen von der Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen in den Unternehmen über die gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf Teilzeitarbeit für junge Eltern und die Flexibilisierung des Erziehungsurlaubs bis hin zum weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten:

Schulangebote für den ganzen Tag, zeitliche Ausweitung der Mittagsbetreuung, Ausbau der Horte, der Jugendbetreuung und der Tagespflege für Kinder unter drei Jahren.

Freiheit und Vertrauen heißt auch: Es muss Eltern möglich sein, dem Staat Kinder anzuvertrauen, um so Freiraum für die eigene Lebensgestaltung zu finden, sie ihm dann anzuvertrauen, wenn es die persönliche Situation notwendig macht. Es darf aber andererseits keine Verpflichtung der Eltern entstehen, die Kinder dem Staat zu überantworten.

Finanzielle Gerechtigkeit

Die Entscheidung für Kinder darf nicht an finanziellen Fragen scheitern. Familien mit Kindern müssen insbesondere in der betreuungsintensiven Kleinkindphase deutlich entlastet werden. Deshalb plädieren wir für die Einführung eines Familiengeldes in der Größenordnung von etwa tausend D-Mark pro Kind und Monat bis zum dritten Lebensjahr und anschließend eine abgestufte Fortführung des Familiengeldes. Dabei sind wir in der CSU offen für weiter gehende Vorschläge. Das von unseren Sozialpolitikern in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 26. Januar 2001 vorgeschlagene dynamisierte Familiengeld geht in dieselbe Richtung und erscheint diskussionswürdig.

Eine grobe Missachtung der Leistungen, die Familien für den Erhalt der Gesellschaft und die Sicherung der Altersvorsorge erbringen, stellt die von Rot-Grün im Rentenpaket beschlossene Förderung von 7,50 D-Mark pro Kind dar. Dieser Betrag ist keineswegs angemessen.

Eltern werden gegenüber Kinderlosen eklatant benachteiligt.

Die Neuorientierung in der Familienpolitik, wie wir, die CSU, sie fordern und in Bayern realisieren, ist eine wichtige Investition in die Zukunft unseres Landes. Deshalb werden wir neue Prioritäten auch in anderen Bereichen staatlicher Leistungen setzen:

Erstens: Arbeitslosen- und Sozialhilfe müssen verwaltungstechnisch zusammengeführt werden (Bezahlung aus einer Kasse, ein Antragsverfahren).

Zweitens: Das Lohnabstandsgebot muss eingehalten werden. Wer arbeitet, muss grundsätzlich netto mehr verdienen als der, der nicht arbeitet und Transferleistungen erhält.

Drittens: Vor allem für jüngere Menschen, die eine angebotene, zumutbare Beschäftigung ohne Grund ablehnen, darf der Anspruch auf soziale Leistungen nicht gewährleistet werden.

Es ist höchste Zeit, politisch alles zu tun, um Familien in Deutschland zu stärken. Unsere Lebenswirklichkeiten haben sich zwar verändert, und die Veränderungen erfolgen in immer höherem Tempo; neue Formen und Ziele der Lebensgestaltung gewinnen zunehmend an Gewicht, prägen die gesellschaftliche Entwicklung. Dennoch gilt: Die Entscheidung, eine Familie zu gründen, Kinder großzuziehen und sie zu erziehen, muss ein Weg bleiben, der anderen Lebenszielen etwas voraus hat.

Deshalb müssen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass sie auch in einer veränderten Welt Lust wecken zur freien persönlichen Entscheidung für die Familie und die daraus resultierende Freude.

Natürlich soll sich auch künftig jeder frei für ein Leben mit oder ohne Kinder und Familie entscheiden können. Aufgabe der Gesellschaft muss es aber sein, den Wunsch, Kinder zu haben und diesen auch zu realisieren, soweit wir das kön-

nen, zu fördern und zu unterstützen. Deutschland braucht einen Familienvertrag, der die wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte für konkrete Verbesserungen zu Gunsten unserer Familien zusammenbringt.

Wir schließen in der Politik ständig eine Vielzahl von Bündnissen und Pakten – Umweltpakt, Beschäftigungspakt, Wirtschaftspakt. Wann schließen wir endlich einen Pakt für Kinderschutz?

Familienpolitik muss zur Priorität aller politischen Ebenen, vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen, werden, sie muss bei all jenen, die im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben Verantwortung tragen, höchste Bedeutung erhalten. Wir brauchen eine Stärkung der Familien durch die Zusammenarbeit der wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte!

Keimzelle und Nukleus

Eine sehr weise Definition von Ehe und Familie hat uns vor Jahren das Bundesverfassungsgericht gegeben, indem es das Grundgesetz wie folgt interpretierte: „Ehe ist auch für das Grundgesetz die Vereinigung eines Mannes und einer Frau zu einer grundsätzlichen unauflöslchen Lebensgemeinschaft, und Familie ist die umfassende Gemeinschaft von Eltern und Kindern, in der den Eltern vor allem Recht und Pflicht zur Pflege und Erziehung der Kinder erwachsen.“

Unsere gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe muss es sein, den Bestand der Ehe als Keimzelle der Familie zu wahren und zu schützen. Unsere Aufgabe muss es zudem sein, junge Menschen in ihrem Mut zur Familiengründung zu stärken, ihnen die Handlungsräume zu geben, die sie zur Familiengründung brauchen. Wir müssen ihnen die Möglichkeit geben, ihrem Recht zur Erziehung umfassend nachkommen zu können. Kein Erziehungsumfeld ist so fruchtbar wie die Familie, das beste Erziehungsmittel sind Geschwister.

Gesellschaft und Politik müssen gemeinsam die Voraussetzungen schaffen, dass junge Menschen frei von wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Zwängen ihren Kinderwunsch realisieren können. Sie müssen auf den Staat vertrauen können. Sie müssen wissen, dass er ihnen nicht die Verantwortung für ihr Kind abnimmt, aber von Werten bestimmt ist, die auf dem christlichen Menschenbild aufbauen, Solidarität und Subsidiarität dann gewährleisten, wenn sie notwendig sind.

Die Familie ist das Spiegelbild unserer Gesellschaft im Kleinen, Familien halten die Gesellschaft zusammen. Lösen sich unsere Familienbände, lockert sich der gesellschaftliche Zusammenhalt, die Gesellschaft erodiert von innen. Bezeichnend ist, dass die Zahl der echten Großfamilien, in denen Großeltern, Eltern und Kinder unter einem Dach leben, in Deutschland immer seltener wird. Vor 25 Jahren machten die 768 000 in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Großfamilien noch 3,3 Prozent der Haushalte aus. Ende der neunziger Jahre waren es im selben geografischen Raum (Westdeutschland) nur noch rund 290 000 Großfamilien.

Die Familie ist der Nukleus unserer Gesellschaft, unserer demokratischen Grundordnung. Sie ist der kleinste, wohl zugleich aber am intensivsten prägende Sozialisierungsraum unserer Gesellschaft. Diesen Nukleus gilt es durch gezielte, zugleich aber differenzierte Familienpolitik zu erhalten. Familienpolitik braucht verlässliche staatliche Rahmenbedingungen und an den Grundprinzipien der Solidarität und Subsidiarität ausgerichtete Maßnahmen zur Familienförderung. Auf dieser Vertrauensbasis wird die Familie als Grundlage unserer demokratischen Grundordnung Zukunft haben.

Der Text basiert auf einer Rede zum Familienkongress der Konrad-Adenauer-Stiftung am 3. 2. 2001 in Mainz.